

POLEN

Gewerkschaftsmonitor

April 2020

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Die globale COVID-19-Pandemie hat auch Polen erfasst. In welchem Ausmaß die derzeitige Krise sich auf Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und auch die Gewerkschaften auswirken wird, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht absehen. Der Gewerkschaftsmonitor gibt im Wesentlichen den Stand vor dem Ausbruch der Pandemie wieder.

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Bei den Parlamentswahlen im Oktober 2019 wurden die politischen Kräfteverhältnisse in Polen weitgehend geklärt. Die von Jarosław Kaczyński geführte Regierungspartei »Recht und Gerechtigkeit« (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) konnte die Wahlen klar gewinnen. In der zweiten Kammer, dem Senat, erhielten dagegen die Oppositionsparteien eine knappe Mehrheit der Sitze (51 von 100). Infolge der aktuellen COVID-19-Pandemie gilt es derzeit als fraglich, ob die für den 10. und 24. Mai angesetzten Präsidentenwahlen wie geplant durchgeführt oder nicht vielmehr verschoben werden.

Die PiS und die mit ihr verbündeten Parteien »Solidarna Polska« und »Porozumienie« gewannen bei den Parlamentswahlen 43,6 Prozent der Stimmen und damit eine knappe absolute Mehrheit im Sejm (235 Abgeordnete bei 460 Sitzen insgesamt). Die PiS-Liste gewann im Vergleich zu den letzten Wahlen 6,2 Prozent hinzu.

Die Wähler haben mit diesem Ergebnis die gute wirtschaftliche und sozialpolitische Bilanz der PiS – hohes Wirtschaftswachstum, niedrige Arbeitslosigkeit, stark steigende Löhne, höhere Renten, die Einführung eines Kindergeldes und eine sinkende Einkommensungleichheit – honoriert. Umfragen zeigen, dass die Erwartung, durch die Stimmabgabe für die PiS die eigene Lebenssituation verbessern zu können, das wichtigste Wahlmotiv für die PiS-Wählerschaft war.

Die Linke ist seit den Wahlen wieder mit 49 Abgeordneten im Sejm vertreten. Hinzu kommen zwei Senatoren im 100-köpfigen Senat. Die gemeinsam auf der SLD-Liste angetretenen linken Parteien SLD, »Wiosna Roberta Biedronia« und »Razem« errangen mit 12,6 Prozent ein anständiges Ergebnis. Ohne diesen Zusammenschluss in letzter Minute (Anfang August 2019) wäre der Einzug aller drei Formationen in den Sejm unsicher, wenn nicht unmöglich gewesen. Als nächster Schritt ist nun die Fusion von SLD und Wiosna unter dem Namen »Nowa Lewica« (Neue Linke) vorgesehen. Razem möchte dagegen weiterhin eigenständig bleiben. Alle drei Parteien der Linken suchen den Schulterschluss insbesondere mit dem Gewerkschaftsverband OPZZ.

Grundsätzlich agiert die PiS nicht gewerkschaftsfeindlich. Die aus dem Milieu der antikommunistischen »Solidarność«-Bewegung der 1980er Jahre hervorgegangene Partei pflegt mit dem Gewerkschaftsbund gleichen Namens ein Sonderverhältnis, das die Umsetzung gewerkschaftlicher Erwartungen durchaus miteinschließt. Einige Staatssekretäre der aktuellen Regierung stammen aus den Reihen der Solidarność. Umgekehrt ist Solidarność bei der Umsetzung ihrer Anliegen stark auf die Regierung angewiesen.

Auch Solidarność sieht, dass die Regierung den eigentlich für die Konkretisierung der sozial- und wirtschaftspolitischen Partizipation der Interessenverbände geschaffenen »Rat für Sozialen Dialog« meist umgeht. Unmut bei Solidarność erzeugt zudem der Unwillen der Regierung, Schlupflöcher bei der Einhaltung des Einzelhandelsverbots am Sonntag zu stopfen. Dieses wurde zum 1. Januar 2020 ausgeweitet. Nachdem 2018 Einkäufe jeweils noch am ersten und letzten Sonntag eines Monats erledigt werden konnten, haben die Geschäfte im laufenden Jahr nur noch an sieben Sonntagen im Jahr geöffnet. Die Regierung realisierte damit – allerdings mit Umgehungsmöglichkeiten – eine langjährige Forderung der Solidarność.

Seit einer Gesetzesnovelle Anfang 2019 können nun auch Selbstständige, Werkvertragsbeschäftigte und Praktikant_innen einer Gewerkschaft beitreten, sobald sie mindestens

sechs Monate beschäftigt sind. Dies ermöglicht zusätzlichen zehn Prozent der Arbeitskräfte, sich in Zukunft gewerkschaftlich zu organisieren. Gleichzeitig traten Änderungen zur Feststellung der tatsächlichen Mitgliedschaftszahl der einzelnen Betriebsgewerkschaften in Kraft. Bislang waren diese Zahlen wenig transparent und tendenziell stark »nach oben korrigiert«. Nach derzeitigem Stand sind die neuen Regelungen allerdings wenig praktikabel und stellen die Gewerkschaften vor offensichtlich kaum überwindbare bürokratische Hürden.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Polens wirtschaftliche Entwicklung bleibt beeindruckend. Das BIP-Wachstum für 2019 wird auf 4,1 Prozent geschätzt. Für 2020 rechnete die EU-Kommission in den Vor-Corona-Szenarien mit einem Rückgang auf 3,3 Prozent, bedingt durch eine allgemeine Konjunkturabkühlung in Europa (EU-Wachstumsprognose 2020: 1,4 Prozent, Eurozone: 1,2 Prozent). Polen bleibt damit – wie in den Jahren zuvor – eine positive Ausnahme in der EU in puncto wirtschaftlicher Entwicklung.

Hauptwachstumstreiber war 2019 die private Nachfrage, die von hoher Beschäftigung, steigenden Löhnen und wachsenden Sozialleistungen gestützt wird. Ein positiver Effekt geht auch von wachsenden Exporten aus (Exportwachstum 2019: 4,8 Prozent). Die öffentlichen und die privaten Investitionen entwickeln sich weiterhin positiv, vor allem die Investitionen in Ausrüstungen, die 2019 um 14,4 Prozent stiegen. Allerdings wird mit einer Abschwächung der Investitionen im Jahr 2020 gerechnet.

In Folge dieser Entwicklung ist die Beschäftigungsquote auf einen Rekordstand gestiegen, die Arbeitslosigkeit mit 3,5 Prozent auf einen erneuten Tiefststand nach 1990 gefallen (Deutschland: 3,2 Prozent, Eurozone: 7,2 Prozent). In der westpolnischen Wojewodschaft Großpolen liegt die Arbeitslosenrate bei 2,8 Prozent, in der Regionalhauptstadt Posen bei 1,2 Prozent. Man muss für diese Region von einem Arbeitskräftemangel sprechen, ebenso wie für den Großraum Warschau. Am höchsten ist die Arbeitslosigkeit mit 8,8 Prozent in der nordöstlichen Region Ermland-Masuren.

Die Lohnentwicklung hat mit der Produktivitätsentwicklung nicht ganz Schritt gehalten. Dies gilt in besonderem Maße für den öffentlichen Dienst, wo die Gehälter nach wie vor sehr niedrig sind. Dennoch waren die Lohnzuwächse beträchtlich; der Medianlohn in Polen ist seit 2016 um 16 Prozent gestiegen. Die EU-Kommission rechnet für die Jahre 2020–2021 mit einer kumulierten Lohnerhöhung von 8 Prozent. Hinter dieser Entwicklung steht auch eine konsequente Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns in den letzten Jahren. Diese Linie soll auch in den kommenden Jahren beibehalten werden. 2019 wurde der Mindestlohn von 2.100 PLN auf 2.250 PLN erhöht, um ab Januar 2020 auf 2.600 PLN zu steigen.

Positiv ist auch weiterhin die sozialpolitische Entwicklung. Die PiS-Regierung hat in den vergangenen Jahren eine aktive Sozialpolitik entwickelt, deren Bilanz sich sehen lassen kann und die eine deutlich konjunkturbelebende Wirkung entfaltet.

Diese auf Direkttransfers an die Bürger setzende Sozialpolitik wurde im Jahr 2019 mit der Ausweitung des Kindergeldes von 500 PLN pro Kind (ca. 120 Euro) auf alle Kinder, der Auszahlung einer 13. und 14. Monatsrente und einer Steuerbefreiung von Arbeitnehmern unter 26 noch einmal vertieft.

Im Ergebnis der verschiedenen Entwicklungen – gute wirtschaftliche Entwicklung, sinkende Arbeitslosigkeit bei steigenden Löhnen, aktive Sozialtransfers durch den Staat – ist der Gini-Index der Einkommensungleichheit seit dem Machtantritt der PiS um mehr als 10 Prozentpunkte gesunken. Mit 28,5 liegt er auf dem Wert Frankreichs und klar unter dem Wert Deutschlands oder Italiens (Eurostat-Zahlen vom März 2020).

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Der mit Abstand wichtigste Arbeitskampf der letzten Jahre war der allgemeine Lehrerstreik, zu welchem die zum OPZZ gehörende Polnische Lehrgewerkschaft (ZNP) im April 2019 aufrief. Lehrer_innen zählen in Polen zu den am schlechtesten bezahlten Berufsgruppen, zudem hat das Bildungssystem mit den Folgen einer nach 2015 durchgeführten Schulreform zu kämpfen. Mehrere Tarifverhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Regierung von Mateusz Morawiecki scheiterten. Auf Grundlage eines Mitgliederreferendums wurde beschlossen, ab dem 8. April für unbestimmte Zeit die Arbeit niederzulegen, um eine Erhöhung der Löhne um mindestens 1.000 Złoty (ca. 250 Euro) und die Absetzung der Bildungsministerin Anna Zalewska zu erreichen. Laut Angaben des ZNP und dessen Vorsitzenden Sławomir Broniarz protestierten zwischenzeitlich gut zwei Drittel der Lehrkräfte und etwa 75 Prozent der 20.000 landesweiten Bildungseinrichtungen. Dass im gleichen Zeitraum mehrere Abschlussprüfungen für Schüler_innen der Mittelstufe stattfanden, sollte die Wirkung des Streiks erhöhen. Letztendlich konnten die meisten Prüfungen, jedoch unter Einsatz von (ehrenamtlichen) Aushilfen ohne größere Einschränkungen durchgeführt werden. Am 27. April wurde die landesweite Protestaktion ausgesetzt, ohne dass die Regierung zu Konzessionen hätte gezwungen werden können. Eine Wiederaufnahme des Streiks wurde für September (Anfang des Schuljahres) angekündigt aber letztendlich nicht realisiert. Die Zustimmungswerte der Öffentlichkeit für den Streik fielen gemischt aus. Grundsätzlich ist eine Mehrheit der Pol_innen klar für eine Erhöhung der Bezahlung im Bildungssektor. Gesellschaftlich umstritten bleiben aber Umfang und Konditionen einer Verbesserung der Entlohnung. Während sich das Forum der Gewerkschaften (FZZ) ebenfalls an der Aktion beteiligte, schloss sich die Solidarność dem Streik nicht an. Statt dessen stimmte die Bildungs-Solidarność dem Angebot der Regierung zu. Dieses beinhaltet eine Lohnerhöhung ab September 2019 um 9,6 Prozent, einen schnellen Berufsaufstieg, eine einmalige Auszahlung in Höhe von 1.000 Złoty für Berufseinsteiger_innen, 300 Złoty extra für Klassenlehrer_innen (ca. 72 Euro), sowie weniger Bürokratie in der Schulverwaltung. Letzten Endes muss der Streik als gescheitert betrachtet werden. Die Regierung saß den Ausstand aus, der ZNP wiederum zeigte sich gegenüber den eigenen Mitgliedern, die durch den Streik Einkommenseinbußen in Kauf nahmen, als wenig durchsetzungstark. Gewinner blieb

dagegen die Bildungs-Solidarność, die ihre Mitgliederzahl unter den Lehrer_innen deutlich steigern konnte.

Seit Ende Oktober 2019 gilt auch bei den »uniformierten Diensten« der gewerkschaftliche Pluralismus. Bisher gab es für die Bediensteten etwa der Polizei, des Grenzschutzes und der Gefängnisdienste nur die Möglichkeit der bestehenden Sektor-Gewerkschaft beizutreten, die häufig dem Dachverband Forum ZZ angehören. Eine im August verabschiedete Gesetzesnovelle ermöglicht es nun auch Solidarność und OPZZ, konkurrierende Gewerkschaften zu gründen. Dies könnte Forum ZZ hart treffen, da die »uniformierten Dienste« ihr wesentliches Mitgliederreservoir darstellen.

GEWERKSCHAFTEN IN POLEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Der Zusammenbruch des Staatssozialismus liegt mittlerweile 30 Jahre zurück. Die Solidarność, als Gewerkschaft und Oppositionsbewegung von Arbeiter_innen und Intellektuellen trug mit ihren Protesten maßgeblich zum Systemsturz bei und gilt bis heute als Symbol der friedlichen Revolution von 1989. Am Runden Tisch erlangte die Solidarność als Reformpartei Rechtsstatus und stellte nach den ersten (halb-)freien Wahlen überraschend die neue Regierung.

Seither kratzt allerdings eine langsame Erosion der zivilgesellschaftlichen Verankerung an der Legitimität der Gewerkschaften insgesamt. Die 1990er Jahre waren geprägt von der Konfrontation zwischen der Solidarność und dem Gesamtpolnischen Gewerkschaftsverband OPZZ. Dieser Dachverband war von den kommunistischen Machthabern Anfang der 1980er Jahre als Reaktion auf die Gründung der Solidarność initiiert worden. Erst seit Mitte des letzten Jahrzehnts hat sich das Verhältnis der beiden Gewerkschaftslager entspannt. Dies führte auch dazu, dass die Solidarność im Jahr 2006 der Mitgliedschaft des OPZZ im Europäischen Gewerkschaftsbund zustimmte. Seit 2011 ist es zu einer beachtlichen Annäherung beider Gewerkschaftsverbände gekommen. Eine wichtige Rolle spielten bei dieser Entwicklung die sozialpolitischen Einschnitte der damaligen liberalen Regierung unter Ministerpräsident Donald Tusk, die in einer Vielzahl kleinerer Angriffe auf soziale Standards, Löhne und Normen eine Antwort auf die Probleme der Finanzkrise nach 2008 suchte – eine niedrigschwellige Art der Austeritätspolitik, die die Wettbewerbsfähigkeit Polens in der damaligen Wachstumskrise sichern sollte.

Die langjährigen Differenzen begründen die Gewerkschaften selbst mit der Geschichte Polens und den ideologischen Grabenkämpfen. Die Solidarność versteht sich als Erbin der oppositionellen Reformbewegung und warf dem OPZZ lange Systemkonformität und Nähe zu den einstigen kommunistischen Machthabern vor. Der OPZZ dagegen beansprucht für sich, Vertreter der postkommunistischen linken Arbeiterbewegung zu sein. Er sieht in der heutigen Solidarność eine Or-

ganisation, die sowohl mit dem rechts-konservativen Lager als auch mit der katholischen Kirche zu eng verbunden ist. Infolge dieser Differenzen zwischen den beiden großen Dachverbänden formierte sich 2002 das Gewerkschaftsforum FZZ. Dessen Gewerkschaften erheben in dezidierter Weise den Anspruch, politisch neutral zu sein.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Der Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych (Gesamtpolnischer Gewerkschaftsverband, OPZZ) wurde am 24. November 1984 auf Grundlage des Gesetzes über Gewerkschaften vom 8. Oktober 1982 gegründet. Aufgrund der Konflikte mit der Solidarność dauerte seine Anerkennung innerhalb der internationalen Gewerkschaftsbewegung noch bis in die 2000er Jahre. Dabei ging es teils um das Verhältnis zum Staat und den politischen Parteien, teils aber auch um die Frage, wem das Vermögen der alten Gewerkschaften zugesprochen werden sollte. Inzwischen ist der OPZZ in der internationalen Gewerkschaftsbewegung angekommen und als Mitglied in allen wichtigen Dachverbänden vertreten. Ihm gehören derzeit 85 Betriebs- bzw. Branchengewerkschaften an, die in sieben Zweige gegliedert sind. Die größte einzelne Mitgliedsorganisation ist die Polnische Lehrgewerkschaft (ZNP).

Regional ist der OPZZ in allen 16 Woiwodschaften vertreten. Die Regionaleinheiten sind satzungsgemäß auch dadurch so stark, da sie die Mitgliedsbeiträge einziehen und an die Zentrale abführen. Es existieren drei satzungsgemäße Organe: Kongress, Rat und Präsidium. Der Kongress bestimmt die Politik und wählt sowohl den Präsidenten als auch den Vorsitzenden der Revisionskommission. Der Rat bildet die Exekutive in der Zeit zwischen den alle vier Jahre stattfindenden Kongressen. Dort sind die Mitgliedsorganisationen proportional zu ihrer Mitgliederstärke vertreten. Der Rat tagt maximal drei Mal im Jahr. Das Präsidium setzt die Beschlüsse des Rates um und trifft sich höchstens alle zwei Monate. Weiteres Organ ist die Revisionskommission. Der Präsident und die gewählten Vize-Präsidenten setzen die Alltagspolitik um: Vertretung nach innen und außen, gegenüber Staatsorganen, politischen Parteien, Unternehmerverbänden, etc. Der OPZZ ist in den tripartiten Organen des polnischen Sozialen Dialogs auf allen regionalen Ebenen vertreten.

Die NSZZ Solidarność ist 1980 unter dem kommunistischen Regime aus den Streiks der Danziger Werftarbeiter_innen hervorgegangen und wurde im September des gleichen Jahres als unabhängige selbstverwaltete Gewerkschaft eingetragen. Nachdem die Gewerkschaft nach Ausrufung des Kriegsstands im Dezember 1981 einige Jahre über verboten war, konnte sie ab 1989 wieder in der Legalität arbeiten. Auf internationaler Ebene ist sie in allen großen Dachverbänden vertreten. Die Solidarność versteht sich als einheitliche Organisation, die in 14 sektorale Verbände (Sekretariate/Branchen) sowie einen Verband für Rentner und 38 Regionen unterteilt ist. Das höchste Organ ist die Landesdelegiertenversammlung (325 Delegierte). Sie bestimmt u. a. über die Satzung und das Programm der Gewerkschaft. Die Landeskommission ist den Vor-

ständen der Regionen und Branchensekretariaten übergeordnet. Sie vertritt die Gewerkschaft vor dem Staat und allen anderen Organisationen und bestimmt über das Budget. Darüber hinaus gibt es eine Revisionskommission. Die Solidarność ist in den tripartiten Organen des polnischen Sozialen Dialogs auf allen regionalen Ebenen vertreten.

Das Forum Związków Zawodowych FZZ ist kleiner als die beiden anderen Gewerkschaftsbünde und umfasst überwiegend Gewerkschaften, die sich vom OPZZ abgetrennt haben. Der FZZ wurde im Jahr 2002 gegründet, als eine neue trilaterale Kommission mit Vertretern der Regierung, der Arbeitgeber und der Gewerkschaften geschaffen werden sollte, um künftige gesetzliche Bestimmungen zu erörtern. Die Vorschriften für die Einsetzung dieser Kommission sahen vor, dass lediglich Gewerkschaftsbünde mit mindestens 300.000 Mitgliedern zugelassen werden. Um diese Zahl zu erreichen und sich einen Platz in dieser Kommission zu sichern, schlossen sich einige unabhängige Gewerkschaftsgruppen zusammen und gründeten den FZZ.

Der FZZ besteht aus 52 gewerkschaftlichen Mitgliedsorganisationen, wovon die Gewerkschaft der Krankenschwestern und Hebammen (OZZPiP) die größte ist, und aus 16 Woiwodschaftsräten. Das höchste Organ ist der Kongress, der u.a. über die Satzung und das Programm der Gewerkschaft bestimmt. Weitere satzungsmäßige Organe sind der Hauptvorstand, das Präsidium, die Woiwodschaftsräte, sowie eine Revisionskommission. Die Vorsitzende des FZZ, Dorota Gardias, führt momentan den Vorsitz im Rat des Sozialen Dialogs.

Alle drei Gewerkschaftsbünde sind Mitglied im EGB, der OPZZ und die Solidarność auch im IGB. Die stärksten Branchen sind in den europäischen und internationalen Dachverbänden affiliert.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Polen beträgt 10,8 Prozent. Die Tarifdeckungsrate liegt bei 20 Prozent. Die

Gewerkschaftsdichte und damit die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften variieren je nach Wirtschaftszweig. Der öffentliche Sektor ist der am stärksten gewerkschaftlich organisierte (19 Prozent der Arbeitnehmer_innen) – dazu gehören Gesundheitsversorgung, Bildung und Wissenschaft (23 Prozent) sowie staatliche Unternehmen. Auch ehemalige staatliche Unternehmen, insbesondere in der Schwerindustrie, gehören zu den am stärksten gewerkschaftlich organisierten Unternehmen.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Die Arbeitsbeziehungen in Polen sind stark von der schwachen Vertretung der Arbeitnehmer_innen, insbesondere im privaten Sektor, betroffen. Teilweise liegt der Grund dafür in dem rechtlichen Rahmen, der festlegt, dass die grundlegende Gewerkschaftseinheit eine Betriebsorganisation ist. Für deren Gründung sind mindestens 10 Beschäftigten desselben Unternehmens erforderlich. Da rund 39 Prozent der Arbeitnehmer_innen in Unternehmen mit neun oder weniger Beschäftigten beschäftigt sind, führt diese Regelung zu einem direkten Ausschluss dieser großen Gruppe von Arbeitnehmer_innen vom Dialog auf Unternehmensebene. Es ist möglich, andere Formen der Vertretung (Informations- und Konsultationsgremien) nur in noch größeren Unternehmen – mit mehr als 50 Arbeitnehmer_innen – einzurichten. Vor allem aber sind die Manager des privaten Sektors durch eine stark gewerkschaftsfeindliche Einstellung gekennzeichnet.

Die Reform des Gewerkschaftsgesetzes von Anfang 2019 zu den Organisationsrechten von Vertragsangestellten (zivilrechtliche Beschäftigungsverhältnisse) erlaubt nun auch Scheinselbstständigen, Werkvertragsbeschäftigten und Praktikant_innen einer Gewerkschaft beizutreten, sobald sie mindestens sechs Monate beschäftigt sind. Dies ermöglicht zusätzlichen 10 Prozent der Arbeitskräfte, sich in Zukunft gewerkschaftlich zu organisieren.

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Polen

| Dachverband | Vorsitz / stv. Vorsitz | Mitglieder | Internationale Mitgliedschaften |
|--|--|------------|---------------------------------|
| Niezależny Samorządny Związek Zawodowy »Solidarność«, NSZZ Solidarność (Unabhängige selbstverwaltete Gewerkschaft »Solidarität«) | Vorsitz: Piotr Duda Stv. Vorsitz: Bogdan Biś, Tadeusz Majchrowicz, Jerzy Jaworski, Bogdan Kubiak | 600000 | IGB, EGB |
| Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych, OPZZ (Gesamtpolnischer Gewerkschaftsverband) | Vorsitz: Andrzej Radzikowski Stv. Vorsitz: Barbara Popielarz, Piotr Ostrowski, Sebastian Koćwin | 559000 | IGB, EGB |
| Forum Związków Zawodowych, FZZ (Gewerkschaftsforum) | Vorsitz: Dorota Gardias Stv. Vorsitz: Rafał Jankowski, Waldemar Lutkowski, Krystyna Ptok, Marek Mnich, Dariusz Trzcionka, Jan Przywoźny | 200000 | EGB |

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Polen

| Branchenverband / Gewerkschaft | Dachverband | Vorsitz / stv. Vorsitz | Mitglieder | Internationale Mitgliedschaften |
|--|-----------------------|---|------------|------------------------------------|
| Związek Nauczycielstwa Polskiego, ZNP (Polnische Lehrgewerkschaft) | OPZZ | Vorsitz: Sławomir Broniarz Stv. Vorsitz: Krzysztof Baszczyński, Grzegorz Gruchlik | 240 000 | EI, ETUCE |
| Ogólnopolski Związek Zawodowych Pielęgniarek i Położnych, OZZPiP (Polnische Gewerkschaft der Krankenschwestern und Hebammen) | FZZ | Vorsitz: Krystyna Ptok Stv. Vorsitz: Longina Kaczmarska, Zdzisław Bujas | 80 000 | |
| Krajowa Sekcja Oświaty i Wychowania, KSOiW (Nationale Bildungsabteilung) | NSZZ »Solidarność« | Vorsitz: Ryszard Proksa Stv. Vorsitz: Zbigniew Świerczek, Henryk Ślusarski | 70 000 | EI, ETUCE |
| Krajowy Sekretariat Górnictwa i Energetyki NSZZ »Solidarność« (National Secretariat of Mine and Energy Workers' Union NSZZ »Solidarność«) | NSZZ »Solidarność« | Vorsitz: Jarosław Grzesik Stv. Vorsitz: Marek Boiński, Józef Czyczerski, Bogusław Hutek, Wojciech Ilnicki, Dariusz Kucharewicz | 60 000 | IndustriAll, IndustriAll Europe |
| Niezależny Samorządny Związek Zawodowy Policjantów, NSZZ Policjantów (Gewerkschaft der Polizei) | FZZ | Vorsitz: Rafał Jankowski Stv. Vorsitz: Krzysztof Balcer, Kazimierz Barbachowski, Dariusz Brzezicki, Artur Garbacz, Rafał Kruk, Piotr Kujawa, Piotr Malon, Benedykt Nowak, Marek Osiejewski, Józef Partyka, Andrzej Szary, Marek Tarwacki | 40 000 | |
| Federacja Związków Zawodowych Pracowników PKP, FZZ Pracowników PKP (Gewerkschaft der Mitarbeiter der Polnischen Staatsbahn PKP) | FZZ | Vorsitz: Marian Kogut (interim) Stv. Vorsitz: Jan Piechel, Jan Przywoźny | 32 000 | |
| Porozumienie Związków Zawodowych, KADRA (Gewerkschaftsallianz »KADRA«, Bereich Bergbau und Energie) | FZZ | Vorsitz: Dariusz Trzcionka Stv. Vorsitz: Bogusław Studencki, Krzysztof Stanisławski, Marek Gacka | 20 000 | IndustriAll Europe |
| Federacja Związków Zawodowych Metalowców i Hutników w Polsce, FZZ Metalowcy i Hutnicy (Verband der Gewerkschaften der Metall- und Stahlarbeiter) | OPZZ | Vorsitz: Mirosław Grzybek Stv. Vorsitz: Magdalena Dura, Grzegorz Narloch, Grzegorz Bor, Krzysztof Wójcik, Piotr Kursatzky, Marek Kijas | 18 000 | |

Angesichts der überwiegend beratenden Rolle der Institutionen des Sozialen Dialogs auf nationaler, branchenspezifischer und regionaler Ebene liegt der größte Teil der Verhandlungen auf der Ebene der Unternehmen. Tarifverträge regeln die Arbeits-, Lohn-, Gesundheits- und Sicherheitsbedingungen und andere arbeitsbezogene Fragen, solange die vereinbarten Bedingungen nicht schlechter sind als die gesetzlich vorgeschriebenen. Ein Tarifvertrag kann nur in Unternehmen ausgehandelt werden, in denen eine oder mehrere Gewerkschaftsorga-

nisationen bestehen. Die Anzahl der bei der Arbeitsinspektion jährlich registrierten Tarifverträge stieg leicht von 69 im Jahr 2015 auf 79 im Jahr 2016. Aktuellere Daten liegen nicht vor.

Auf nationaler Ebene findet der trilaterale Sozialdialog im »Rat für Sozialen Dialog« statt, der Ende 2015 eingerichtet wurde und die davor existierende dreiseitige Kommission ersetzte. Die Mitglieder des Rates werden vom polnischen Staatspräsidenten ernannt, und der Vorsitz des Rates wechselt zwischen

den vertretenen Interessengruppen (Gewerkschaften, Arbeitgeber und Regierung). Der Rat ist befugt, Gesetzentwürfe zu erstellen und diese dem Ministerrat vorzulegen sowie Gesetzentwürfe zu konsultieren und Stellungnahmen zu Gesetzen zu sozioökonomischen Fragen abzugeben. Er wird von einer benannten öffentlichen Stelle unterstützt, die sich mit administrativen Fragen befasst und eine beratende Funktion wahrnimmt. Trotz seines legislativen Vorrechts ist die Rolle des Rates hauptsächlich beratend: seine Rolle ist besonders sichtbar bei der Vorbereitung des Haushaltsentwurfs und bei Änderungen der Sozial- und Mindestlöhne.

Es gibt zusätzlich 16 regionale Einrichtungen für den sozialen Dialog (eine pro Woiwodschaft). Die Gremien beziehen die Sozialpartner ein, und ihre Rolle ist auch beratend bei Entwicklungen auf regionaler Ebene.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Es gibt in Polen zwei verschiedene Formen der Vertretung und Einflussnahme auf betrieblicher Ebene: Arbeitnehmerräte und Betriebsräte.

In staatlichen Unternehmen können die Arbeitnehmerräte als Selbstverwaltungsorgan die Arbeitnehmer_innen vertreten. Der Rat besteht in der Regel aus 15 Mitarbeiter_innen. Ihm stehen unter anderem folgende Rechte zu:

- Zustimmung zur Gründung oder zum Beitritt zu einer Handelsgesellschaft, zum Erwerb (Veräußerung) von Aktien oder Vorräten, zum Rückzug aus diesen Unternehmen oder zu deren Auflösung;
- Beschlussfassung über die Teilung oder Fusion der Gesellschaft, Neuausrichtung der Tätigkeit der Gesellschaft;
- Beschlussfassung über die Ernennung und Abberufung des Geschäftsführers und anderer Personen mit Führungsaufgaben;
- Beschlussfassung über die Durchführung eines Referendums in der Gesellschaft;
- Stellungnahme zu Satzungsänderungen oder zur Auflösung der Gesellschaft.

Arbeitnehmer_innen, die Mitglieder in Leitungsorganen von Arbeitnehmerorganisationen sind, genießen Schutz vor Entlassung und Beendigung ihres Arbeitsvertrags und einseitigen Änderungen zum Nachteil des Arbeitnehmers.

Eine Form der Organisation von Arbeitnehmer_innen abseits der Gewerkschaften ist der Betriebsrat. Er vertritt die Arbeitnehmer_innen gegenüber dem Arbeitgeber in verschiedenen Konsultationen. Er kann in der Regel in Betrieben mit mindestens 50 Beschäftigten gebildet werden. Die Zahl der bei einem Arbeitgeber beschäftigten und zur Bildung eines Betriebsrats verpflichteten Arbeitnehmer_innen wird auf Grundlage der durchschnittlichen Zahl der im Rahmen des Arbeits-

verhältnisses während der letzten 6 Monate vor dem Tag der Bekanntgabe der Wahl der Mitglieder des Betriebsrats beschäftigten Arbeitnehmer_innen ermittelt. Voraussetzung für die Bildung eines Rates ist, dass mindestens 10 Prozent der Arbeitnehmer_innen einen schriftlichen Antrag auf Bildung des Rates erhalten haben. Die Bildung des Rates hängt von der Initiative der Mitarbeiter selbst ab (Wahlen). Betriebsräte werden nicht in staatlichen Unternehmen gebildet, dort gibt es Arbeitnehmerräte (s. o.).

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die gesellschaftliche und politische Rolle der Gewerkschaften weist aufgrund der jüngeren Geschichte des Landes einige Besonderheiten auf. Die beiden großen Dachverbände werden klar politischen Lagern zugeordnet.

Die Solidarność pflegt eine exklusive Sonderbeziehung zur aktuellen PiS-Regierung und der Partei selbst. Einige Minister_innen der aktuellen Regierung stammen aus den Reihen der Solidarność, viele Solidarność-Mitglieder sind bei den Kommunalwahlen aus den PiS-Listen angetreten. Grundsätzlich ist die Solidarność mit den Ergebnissen dieser symbiotischen Beziehung durchaus zufrieden, da die PiS eine Reihe langjähriger Forderungen der Gewerkschaften letztendlich aufgegriffen hat. Die Regierung wiederum schließt soziale Kompromisse fast ausschließlich mit der Solidarność, um so deren relatives Gewicht unter den Gewerkschaften zu erhöhen – nach dem Motto, wenn ihr etwas von uns wollt, wendet euch an die Solidarność und an sonst niemanden.

Traditionell ist der OPZZ mit dem Bündnis der Demokratischen Linken (SLD) verbunden, wobei es aber keine offizielle Zusammenarbeit oder gegenseitige Unterstützung gibt. OPZZ- und FZZ-Mitglieder gehören zur Wählerschaft aller politischen Parteien.

Grundsätzlich ist die Arbeit der Gewerkschaften den Menschen in Polen wenig präsent. Dies zeigt der hohe Prozentsatz von Pol_innen, die nicht in der Lage sind, auf die Frage nach den einzelnen Gewerkschaften zu antworten. Dies betrifft die Solidarność (43 Prozent) in einem geringeren Maße als den OPZZ (60 Prozent) oder das FZZ (74 Prozent).

Bezüglich aller Gewerkschaftsdachverbände halten sich gute und schlechte Meinungen die Waage: Im Falle des OPZZ haben 20 Prozent der Befragten eine positive und 20 Prozent eine negative Meinung, und im Falle des FZZ liegen diese Werte bei 14 Prozent bzw. 12 Prozent. Verändert hat sich dagegen die Einstellung zur Solidarność: Im Vergleich zum September 2017 verschlechterte sich die Bewertung um –5 Prozent: Heute wird die Arbeit dieser Zentrale von 29 Prozent der Befragten als gut bewertet und von fast ebenso vielen kritisiert (28 Prozent).

Unter den diversen Berufsgruppen werden die Aktivitäten aller drei Gewerkschaftsbände von qualifizierten und ungelernen Arbeitnehmer_innen häufiger geschätzt als von den mitt-

leren Segmenten. Die Solidarność bekommt besondere Unterstützung von Arbeitnehmer_innen aus dem Dienstleistungssektor. Darüber hinaus wird die Wahrnehmung der Tätigkeit der Solidarność stark von den politischen Ansichten und der Religiosität der Befragten beeinflusst – sie wird deutlich häufiger von Befragten positiv bewertet, die sich mit der politischen Rechten identifizieren und mehrmals pro Woche an Messen teilnehmen.

Grundsätzlich stehen die Gewerkschaften in Polen derzeit vor vier zentralen Herausforderungen:

- Die Früchte des außerordentlichen Wachstums müssen verstärkt auch den Arbeitnehmer_innen zu Gute kommen;
- Die langjährige Stagnation der Gehälter und Arbeitsbedingungen im öffentlichen Sektor muss überwunden werden;
- Polen braucht insgesamt ein Umsteuern auf ein anderes Wachstumsmodell, das mit anspruchsvollerer Produktion die Technologie- und Produktivitätsleiter hinaufsteigt. Dazu sind Investitionen in Humankapital und die persönliche Qualifikation der Arbeitnehmer_innen notwendig.
- Das polnische Rentensystem steht vor einer großen demographischen Herausforderung, die Anpassungen im System unvermeidlich machen. Diese sollten nicht noch mehr zu Lasten der Beschäftigten gehen.

Der gewerkschaftliche Diskurs konzentriert sich im Moment auf drei Themen:

- Senkung des Renteneintrittsalters auf 35 Jahre Berufstätigkeit bei Frauen und 40 Jahre bei Männern;
- Lohnerhöhungen im Staatsektor (seit 2010 sind die Löhne dort eingefroren); im Fokus steht hier z.Z. der Bildungssektor.
- Angleichung des monatlichen Mindestlohns an 50 Prozent des Medianlohns.

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Dr. Marc Meinardus

Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika

marc.meinardus@fes.de

www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.